

Verteidiger des Sozialmodells und Befürworter von Reformen

Gemischte Bilanz bei Mehrheits- und Oppositionsparteien sowie bei Gewerkschaften und Patronat

VON JOELLE MERGES

Einen Tag nach dem Ende des Tripartite-Verhandlungsmarathons kam weder bei den beteiligten Unterhändlern noch bei den politischen Parteien eine Art von Jubelstimmung über das erzielte Abkommen auf. Zwar stellte keiner der Befragten die Übereinkunft zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern prinzipiell in Frage. Dennoch verlief niemand in Lobgesänge.

Zufrieden zeigte sich CSV-Fraktionschef Michel Wolter damit, dass die budgetären Handlungszwänge, auf die seine Partei seit sechs Monaten verweise, nun endlich auch von den Sozialpartnern eingesehen worden seien.

Die Absicht, die Steigerung der öffentlichen Ausgaben an das Wirtschaftswachstum zu koppeln, nahm Wolter mit Genugtuung entgegen. Gleichzeitig verwehrte sich der CSV-Fraktionschef gegen Vorwürfe, seiner Partei sei ausschließlich an Ausgabenreduzierungen gelegen. „Uns liegt ein ausgeglichener Haushalt am Herzen. Von einseitigen Sparmaßnahmen war nie die Rede“, stellte der christlich-soziale Fraktionschef klar.

Wolter: Haushalt im Parlament verhandeln

Nicht abfinden mag sich Wolter damit, dass im Rahmen der Tripartite über die haushaltspolitischen Schwerpunkte der Zukunft verhandelt wird. Dafür sei immerhin das Parlament zuständig. Am Dienstag wird die CSV-Regierungsmanuschaft das Reformpaket der Fraktion vorstellen. Erst dann will diese sich eine abschließende Meinung über die anstehenden Umstrukturierungen bilden. Die Fraktion werde ihre Meinung davon abhängig machen, ob die Maßnahmen den Grundlagen entsprechen, die Premierminister Juncker in seiner Rede vom 12. Oktober dargelegt habe. Wichtig sei zudem, dass die Umsetzung des Reformpakets die Wettbewerbsfähigkeit des Landes verbessere, die Arbeitslosigkeit eindämme und Freiräume zur politischen Zukunftsgestaltung schaffe.

Body: Bestes Ergebnis unter gegebenen Umständen
Als bestmögliches Ergebnis unter den gegebenen Umständen



Robert Weber: LCGB hat Verantwortung übernommen. (Foto: Marc Wilwert)



Während sich die Fraktionspräsidenten Michel Wolter (CSV) und Alex Body (LSAP) zufrieden über das erzielte Ergebnis zeigten, bemängelte DP-Chef Claude Meisch den fehlenden Reformwillen von Schwarz-Rot.

bezeichnete LSAP-Präsident Alex Body das Tripartite-Abkommen. Angesichts der Ausgangslage sei schon allein die Tatsache, dass man sich einigen konnte, ein Erfolg. Tief greifende Strukturformen seien angesichts des konstanten Wirtschaftswachstums nur schwer durchzusetzen gewesen.

Der sozialistische Parteichef sieht in der Übereinkunft die wesentlichsten Forderungen seiner Partei gewahrt: sowohl die Haushaltseinnahmen wie die -ausgaben würden überprüft. Außerdem sei das Reformpaket sozial gerecht ausgerichtet, da ein Beitrag von allen Bevölkerungsschichten verlangt werde.

Mit Gegenwehr vom Gewerkschaftsflügel seiner Partei rechnen Alex Body nicht. Schließlich sei der OGBL selbst am Verhandlungstisch vertreten gewesen.

Meisch: Versäumte Ursachenforschung

Die Ansicht des LSAP-Präsidenten, das Tripartite-Abkommen belege den Reformwillen von Schwarz-Rot, teilt der DP-Vorsitzende Claude Meisch natürlich nicht. Er forderte die Koalitionsparteien auf, Stellung zum erzielten Kompromiss zu beziehen. „Wollen CSV und LSAP mit der Übereinkunft ihren Reformwillen unter Beweis stellen, können sie sich mit dem erzielten Ergebnis nicht zufrieden geben“, stellte der Chef der größten Oppositionspartei im Gespräch mit Radio DNR fest.

Besonders enttäuschend ist für Claude Meisch, dass die Regierung und die Sozialpartner die strukturelle Ursachenforschung aus den Bemühungen um die Haushaltssanierung und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ausgeklammert hätten. Somit sei das Reformpaket nur Flickwerk und trage nicht wesentlich zur langfristigen Problemlösung bei.

Bausch: Vertragte Reformen, verpasste Chance

Von vertragten Reformen sprechen denn auch Déi Gréng in einer Pressemitteilung. Die Tripartite habe sich lediglich auf defensive und kurzfristige Maß-



nahmen einigen können. Langfristige Vorschläge, um die Herausforderungen der nächsten Jahre anzugehen, vermisst Fraktionschef François Bausch ausdrücklich. Regierung und Sozialpartner hätten eine wichtige Chance zu strukturellen Reformen verpasst. Im Sinne der kommenden Generationen hätte man sich auch Vorstöße in zentralen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Problemfeldern wie der Energiegewende und der Klimapolitik erwünscht.

ADR: Bei der Zentralverwaltung sparen

Auch die ADR bezweifelt in einer Stellungnahme, dass das vorgestellte Maßnahmenpaket zur Bewältigung des strukturell unausgeglichene Staatshaushalts ausreicht. Besonders vermisst die Reformpartei tief greifende Reformen im Bereich des Zentralstaats. Statt einseitig die Familien mit geringem Einkommen zu belasten, wären konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Ausgaben der öffentlichen Zentralverwaltung vorzuziehen gewesen.

Gramegna: Es fehlen langfristige Reformen

Der Direktor der Handelskammer, Pierre Gramegna, zeigte



Pierre Gramegna: Tief greifende langfristige Reformen fehlen. (Foto: Guy Jallay)



seiner Partei, die selbst lange Jahre an den Tripartite-Gesprächen teilgenommen habe, hätte er etwas mehr Respekt vor den zwischen den Sozialpartnern und der Regierung ausgehandelten Reformpaketen erwartet.

„Glaubt man Robert Weber, so wird die Serie der schlechten Nachrichten erst am 2. Mai ihr vorläufiges Ende nehmen. Dann werde Premierminister Jean-Claude Juncker in seiner Erklärung unter anderem zwei Lohnnullrunden im öffentlichen Dienst für die Jahre 2007 bis 2008 verkünden.“

CGFP: Keine maximale Index-Tranche

Auf diese Maßnahme geht die CGFP in ihrer Stellungnahme zum Tri-

partite-Kompromiss nicht ein. Die Staatsbeamtengewerkschaft wertet insbesondere die Abwehr einer maximalen Index-Tranche als Erfolg. Zudem habe man gegenüber der Regierungsseite durchsetzen können, die Gehälterverhandlungen für den öffentlichen Dienst erst gegen Jahresende anlaufen zu lassen, wenn die Entwicklung der Staatsfinanzen absehbar sei.

Reding: Sozialmodell und Index bleiben erhalten

Für OGBL-Präsident Jean-Claude Reding ist das Tripartite-Ergebnis hinnehmbar, da weder das Sozialmodell angetastet noch der Index in Frage gestellt worden seien. Weder seien tief greifende Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme vorgenommen noch die Anpassung der Ruhestandsgelder an die allgemeine Lohnentwicklung abgeschafft worden, hob der Jean-Claude Reding gegenüber Radio DNR hervor.

Dass keine Einigung über grundlegende Strukturformen zustande gekommen sei, erklärt der OGBL-Chef mit der unterschiedlichen Interpretationslage: es stimme zwar, dass das Haushaltsdefizit behoben werden müsse. Grundlegende Probleme seien aber nicht vorhanden.



Jean-Claude Reding: Das Sozialmodell wurde verteidigt. (Foto: Guy Jallay)

sch auch enttäuscht vom Verhandlungsergebnis. Zwar habe er als Vertreter der Arbeitgeber sein Einverständnis zur erzielten Übereinkunft erteilt. Dennoch vermisse er tief greifende, langfristige Strukturformen, erklärte der Patronatsvertreter gegenüber Radio DNR.

Dass die Streckung der Lohnindexierung und die Anpassungen bei den Sozialleistungen die Kaufkraft der Bürger wesentlich beeinträchtigen, glaubt Gramegna indes nicht. Immerhin würden die Auswirkungen der Preisentwicklung mit einem zeitlichen Verzug von nur wenigen Monaten abgewogen.

Weber: Nullrunden im öffentlichen Dienst

Wie sein Gegenüber von der Patronatsseite zeigt sich auch LCGB-Chef Robert Weber wenig begeistert über das erzielte Ergebnis. Angesichts der Entwicklung der öffentlichen Finanzen hätten sich die Gewerkschaften ihrer Verantwortung nicht entziehen können. Sie hätten im Laufe der vergangenen Tage ihr Bestes getan, um die „Schreckensmodelle“ von Regierung und Patronat abzuwehren.

Besonders stolz erklärte sich der Gewerkschafter über die geplante Zusammenlegung des Arbeiter- und des Angestelltenstatus. Zwar sei das Sparpotenzial dieser Maßnahme, die unter anderem die Schaffung von einheitlichen Kranken- und Pensionskassen bedingt, nicht klar zu beziffern. Viel verspricht sich der LCGB-Vorsitzende aber von der erhofften Aufwertung der handwerklichen Berufe.

Etwas erstaunt zeigt sich der Gewerkschafter über die Kritik an den angeblich fehlenden tief greifenden Reformen. Themenfelder wie die Wettbewerbsfähigkeit, Förderprogramme für neue Betriebsniederlassungen sowie Maßnahmen zum Arbeitsplatz-erhalt seien in den vergangenen Tagen nicht ausgeklammert worden, betonte Robert Weber. Besonders überraschen ihn die Beanstandungen von Seiten des DP-Vorsitzenden Claude Meisch. Von einer ehemaligen Regie-